





Bradbury ist noch nicht zurückgetreten.

Paris, 21. Januar. Die Times aus London berichtet, erklärt der Oberster die Nachricht, Sir John Bradbury sei bereits zurückgetreten, für falsch. Man könne sicher sein, daß der britische Delegierte bei der Reparationskommission seine Stellung nicht aufgeben werde, solange die augenblickliche Krise andauere.

Echo des deutschen Widerstandes in London.

London, 22. Januar. Die Times aus Paris: Der unermüdete, eher zunehmende als abnehmende Widerstand Deutschlands erweckt in Frankreich zahlreiche Befürchtungen und läßt in manchen Kreisen den Wunsch nach Verhandlungen entstehen, welche die unzufriedenbringenden Ereignisse im Ruhrgebiet beenden sollen, bevor die Ereignisse einen nicht wieder herzustellen Schaden herbeiführen. Im Leitartikel führen die Times aus, daß angesichts der letzten Ereignisse auch die in Paris vorgeschlagene Plan Bonar-Louis nicht mehr durchführbar sei. Es sei zweifellos, jetzt noch von einer Stabilisierung der West und von einer Bilanzierung des deutschen Budgets sprechen zu wollen. Die einzige Möglichkeit bestünde darin, daß sich Frankreich damit einverstanden erkläre, daß sein größtes Gebiet von Deutschland selbst wieder aufgebaut würde, wodurch alle Schwierigkeiten, die sich aus den Wechselkursen ergeben, vermieden würden. Wenn auch dieses Mittel verfehlt, dann erzeuge die ganze Reparationsfrage im Augenblick als unlösbar.

Lloyd George gegen die Ruhr-Invasion.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung veröffentlichte gestern einen weiteren Artikel von Lloyd George, der sich mit der Invasion des Ruhrgebietes befaßt. Aus diesem Aufsatz gewinnt man den Eindruck, daß der frühere britische Ministerpräsident in der Erkenntnis der tatsächlichen Lage Deutschlands und der Gefahr des bevorstehenden Friedensvertrages immer größere Fortschritte macht.

Lloyd George vergleicht die französische Aktion mit einem Fußtritt, den man einem hilflosen Riesen versetzt, und bezeichnet dies als einen „dürftigen Genuß“, der nur einer niedrigen, spezialisierten Gattung von Vögeln genügt. Er polemisiert gegen die unglückselige Besatzungspolitik, die nur Geld in ungeheuren Mengen verschlingt, zum Schaden der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs, die mit diesen Summen schon zum großen Teile hätten wieder aufgebaut werden können. Er wendet sich gegen das in Frankreich und offenbar auch anderwärts weiterverbreitete Vorurteil, als hätte man es mit einem widerstandsfähigen Lande zu tun, das absichtlich die Anerkennung der Verpflichtungen des von ihm unterzeichneten Vertrages verweigere.

Lloyd George sieht einen Sturz der deutschen Mark in den Abgrund voraus, in den die österreichische Krone bereits rettungslos verfallen ist. An eine Stabilisierung der

Mark sei nicht zu denken, solange man Reparationskosten mit Bajonetten ausgeben und Reparationshilfe mit dem Schwert holen müsse. Der einzige Weg wäre gewesen, Deutschland eine angemessene Frist für die Ordnung seiner Finanzen zu gewähren und ihm die Möglichkeit einer Stabilisierung seiner Währung durch Aufbringung einer Anleihe zu geben, die sowohl auch den Franzosen zugute gekommen wäre.

„Französische Staatsmänner haben bewußt diese Möglichkeit preisgegeben. Dies wußte auch die französische Staatsregierung eine starke Wirkung auslösen, und die Franzosen werden für diesen Schritt in nächster Zeit einen großen Preis zahlen müssen. Wenn man an die Folgen denkt, fragt man sich, ob französische Politiker wirklich Reparationen wünschen, oder ob sie nicht vielmehr andere Zwecke verfolgen, die mit der Erlangung von Zahlungen gemäß dem Vertrage unvereinbar sind.“

Lloyd George ist überzeugt, daß die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen der Ruhrinvasion sich nicht auf Deutschland und Frankreich beschränken, sondern auf die ganze Welt erstrecken werden. Die politischen Konsequenzen sind aber, nach seiner Meinung, noch verhängnisvoller. Er glaubt, daß Frankreichs Plan die Zerstörung der Einheit des Deutschen Reiches ist.

„Ich weiß, daß man dies erhofft. Die Franzosen sehen sich immer noch den Zeiten an, da Dantzig, Boyen und Westpreußen Verhältnisse, ja selbst Sassen Frankreich gegen Preußen waren. Diese Hoffnung hat der dritte Kapitän in den Untergrund getrieben. Noch einmal laßt sie Frankreich in das sichere Verhängnis.“

Zugleich werde die Franzosen jeder Hoffnung auf Reparationen beraubt, denn es werde kein Deutschland mehr geben, das zahlen könne. Und von „Schöpfung der französischen Sicherheit“ werde erst recht keine Rede mehr sein.

„Frankreich wird seine Reparationen verlieren haben und dafür den Haß eines unerbittlichen Feindes erdulden, der furchtbarer geworden ist, als zuvor.“

Richard weiß, was geschehen wird, wenn ein tapferes Volk von 60 Millionen sich der billigen Verführung gegenüberstellt. Sein Volk, das an nationale Unabhängigkeit gewöhnt war, hat niemals lange fremdes Joch gebuldet.

Lloyd George prophezeit schließlich, daß sich das deutsche Volk in dieser verzweifelten Lage von den demokratischen Freiheiten abwenden und einer der beiden extremen Richtungen zuwenden wird: Faschismus oder Bolschewismus. In der Tat besteht, so kommentiert der „Vorwärts“ die Ausführungen des englischen Staatsmannes, diese Gefahr, und die französische Gewalttat an der Ruhr macht es den Parteien, welche die Weimarer Verfassung geschaffen haben, immer schwerer, die Massen des Volkes davon zu überzeugen, daß die extremen Lösungen Deutschland nur noch tiefer ins Verderben stürzen würden.

Jedenfalls gibt es noch eine Rettung von diesem Chaos: Das ist die Wacht des britischen Weltreiches. Die englische Demokratie hat es in der Hand, dem Wahnsinn Schluß zu gebieten. Was tut England, Mr. Lloyd George?

Herrn Poincarés Friedensflügel.

Edouard Bernheim über den Eindruck in Deutschland.

Im letzten Heft der sozialdemokratischen Wochenzeitschrift „Die Glocke“ veröffentlicht der Reichstagsabgeordnete Edouard Bernheim einen Artikel über „Die Friedensflügel des Herrn Poincaré“, in dem er unter anderem ausführt:

„Die angeblich friedliche Mission der französischen Truppen war völlerrechtlich ein Friedensbruch. Deutschland wäre, nach dem getretenen Willen, durchaus berechtigt gewesen, sie als eine Kriegshandlung zu betrachten und entsprechend zu beantworten. Aber: Ich habe meine internationalen politischen Beziehungen nicht mit aller Schärfe hier festzustellen. Welche Antwort meinen politischen und ethischen Verpflichtungen entspricht, ist eine andere Sache. Hier handelt es sich um die politische und ethische Beurteilung der Tat.“

Diese letztere kann unter ethischem Gesichtspunkt nicht etwa dadurch in milderem Lichte erscheinen, daß Deutschland ja nicht in der Lage ist, der Kriegshandlung mit Gewalt zu begegnen. Im Gegenteil wird jeder rechtlich denkende sie angesichts dieses Umstandes nur um so mehr als verächtlich betrachten. Einen Weltkrieg herbeizuführen ist eine Handlung, für die es nur das eine Wort gibt: gemein.“

Man lagern von seinen Deutschland in Bezug auf die Lieferungen wohl Verpfichtungen vor, aber es waren lediglich Verpflichtungen in der Zeit der Ablieferungen, das heißt Fristverhältnissen, und diese überdies nicht sonderlich schwerwiegender Natur. — Verhältnisse, die im allgemeinen mit Geldentscheidungen ausgleichlich zu werden pflegen. Wenn Herr Poincaré umgekehrt auf sie mit Anordnung eines militärischen Interventionen und von Zwangsmaßnahmen geantwortet hat, von denen er wußte, daß das deutsche Volk sich ihnen unendlich willensfügen würde, so gibt es dafür auch nicht die Spur einer Entschuldigung. Seine Handlungsweise ist moralisch eine Gräueltat und politisch ein Verbrechen.“

„Der schlimmste Feind der Völker“, so schließt Bernheim seinen Artikel, „ist die nationalistische Lüge. An ihrem verderblichen Werk ist heute kein Politiker mit größerem Eifer tätig als Herr Poincaré. Aber er dürfte sich diesmal verrechnet haben. Seine Friedensflügel glaubt ihm außerhalb Frankreichs kein Mensch, und bald wird ihm auch in Frankreich niemand glauben.“

Das deutsche Volk hält fest zum Reich!

Der badische Arbeitsminister Dr. Engler betonte in einer Rede in Freiburg mit starkem Nachdruck die Treue, mit der in Baden Volk und Regierung zum Reich stehen und durch nichts sich davon wankend machen ließen. Dieses Verhalten eines sozialistischen Ministers einer republikanischen Regierung gibt dem „Badischen Beobachter“, dem führenden Zentrumorgan des Landes, Veranlassung, folgende historische Worte zu zitiern:

„Vor über hundert Jahren war das alte Deutsche Reich, unter der Führung der Habsburger, in der gleichen Lage, wie heute das neue Deutsche Reich: es mußte französischer Eroberungsflut und französischem Übermut ent-

gegenhalten; der Deutschstolz geschlagen wurde und, soweit möglich, auch geschlagen. Damals hätte das D.R. in seiner Waise nichts oder wenig zu sagen. Die Politik wurde von seinen Feinden bei ihren Kabinetten gemacht. Und als Napoleon als Besieger an die deutschen Fürsten herantrat, wie auch jetzt wieder Frankreich den Besieger spielt, da bildete sich der sogenannte Rheinbund. Das war das Band von 16 deutschen Staaten, die als (souverän) erklärt wurden und sich vom Reich loslösten. Bayern, Württemberg, Baden, Hessen usw. waren dabei. Die Fürsten wurden teils Könige, teils Großherzöge, Herzöge usw., setzten für Frankreich ein Heer von 63 000 Mann und verpflichteten sich, sich untereinander, d. h. Napoleon, zu helfen. Ihr Gebiet wurde durch Mediatisierung vieler reichsunmittelbaren Gebiete erweitert. Das war am 12. Juli 1806, wo der Vertrag abgeschlossen wurde. Am 1. August 1806 wurde die Kaiserkrone dem Reichstag mitgeteilt, worauf Kaiser Franz II. dankte, das Reich war damit erledigt.“

Heute, in ähnlicher Lage, haben die republikanischen Regierungen, als Repräsentanten des Volkes, das Wort, um ihre Erklärung im Namen des Volkes für das Reich und werden sich von diesem Entschluß auch nicht durch Bergabstufungen und Einseitigkeiten abbringen lassen. Das deutsche Volk hält heute fester zum Reich als vor hundert Jahren seine Fürsten. Das deutsche Volk beweist dadurch, daß es in dieser Beziehung vollständig geworden und jedenfalls von mehr nationaler Welt erfüllt ist, als seine Fürsten vor hundert Jahren.“

Finanzminister Heinrich wieder im Amt.

Darmstadt, 21. Januar.

Die Krise in der hessischen Regierung hat, nachdem die bisher zwischen den Parteien geführten Verhandlungen zu keinem Abschluß gekommen waren, unter dem Eindruck der neuesten feindlichen Maßnahmen im besetzten Gebiet ein rasches Ende dadurch gefunden, daß Finanzminister Heinrich auf eine erneute an ihn ergangene Anfrage sein Rücktrittsgesuch zurückgenommen hat. Herr Heinrich hat an den Staatspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

„Vor Eröffnung der heutigen Besprechung der Fraktionsdirektoren richtete der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion die Frage an mich, ob ich mich, angesichts der augenpolitischen Lage, namentlich auch im Hinblick auf die ungeheuren Schwierigkeiten, in die unser Land durch die neuesten Maßnahmen der Franzosen zu geraten droht, bereitfinden würde, das jetzt besonders wichtige Amt des Finanzministers zu bekleiden und mein Rücktrittsgesuch zurückzunehmen. Ich antwortete, daß bei dieser Sachlage, allerdings alle Rücksichten zurücktreten müßten. Ich wollte dann, wenn es verlangt werde, wieder zur Verfügung stehen und gebe dabei von der Annahme aus, die Aufgabe entspringe dem Gedanken, man müsse unter den vorliegenden, völlig veränderten Verhältnissen alle Kräfte zusammenfassen, die bereit sind, dem Vaterlande in seiner Not zu dienen. Nachdem die demokratische Fraktion diese meine Stellungnahme gebilligt hat, ziehe ich mein bisher noch nicht erwidertes Rücktrittsgesuch vom 10. v. M. hiermit zurück.“ Heinrich, Finanzminister.

Char: Jubiläum. Der Männergesangsverein „Liedertrug“ beging im Saale des Musikvereins am Sonntag den Tag seines 40jährigen Bestehens durch ein wohlbesetztes Konzert. Kapellmeister Ernst Busch, der neue Liedermeister, ist als feinsinniger Gesangsdirigier bekannt. Auch hier hatte er mit Geschmack seines Amtes gewaltet und den Hauptpart auf klare Tongebung, sorgfältige Wortbehandlung und gewählten Vortrag gelegt. Mit eindrucksvollem Reiz erlangten besonders die volltönenden Gesänge, so Adams „Abendlied“, Silcher „In einem stillen Grunde“ und „Das deutsche Lied“ von Altenhofer. Drei Dresdener Ehrenmitglieder des „Liedertrug“ traten gleichfalls mit Lobens zu Worte. „Scheiden“ von Hofel, „Vorübelle“ von Jungk und „Deutsche Jugend“ von Hoffmeister wurden mit großer Hingabe gesungen und fanden lebhaften Zuspruch. Frau Sieck-Rimpel von der Staatsoper verschönte den Festabend durch den Vortrag herrlicher Lieder von Schubert, Schumann, Brahms. Ernst Busch sang eigene Lieder „Ich sprach zur Taube“ und „Entlassung“ (Heime) sind, gleich dem das Konzert einleitenden Vorspruch „Die Herzen auf“, des Erfolges sicher. Das Lied „Entlassung“ wurde stürmisch zur Wiederholung begehrt.

Preisungen des Evangelisch-lutherischen Landeskonferenzen. Für die theologische Preisaufgabe der dem Andenken des Oberhofpredigers D. v. Ammon gewidmeten Stiftung war im Jahre 1922 das Thema gewählt: „Luther's Lehre vom weltlichen Regiment nach den Schriften an den christlichen Adel (1520), von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei (1523), an die Ratsherren (1524), ob Kriegskriege auch in seligem Stande sein können (1526) und den Schriften zum Bauernkrieg (1525)“. Es sind zwei Bearbeitungen eingegangen. Der Verfasser der zuerst eingegangenen hat nicht nur die im Thema aufgeführten Schriften sorgfältig durchgearbeitet, sondern auch die einschlägende Literatur reichlich, wenn auch in etwas willkür-

licher Auswahl, zu Rate gezogen, und auf Grund dieser Studien die in den genannten Schriften niedergelegte Anschauung Luther's vom weltlichen Regiment im ganzen zutreffend, vollständig und in systematischer Anbahnung dargestellt, jedoch der Arbeit der Preisjurie zurückgewiesen werden konnte. Die andere, mit dem Kennwort „Gib aller Obrigkeit Fried und gut Regiment“, versehenen Bearbeitung entspricht nicht den zu stellenden Anforderungen. Bei Eröffnung des der ersten Arbeit beigelegten Preisumschlages ergab sich als Verfasser Cand. rev. min. Johannes Magirus in Dresden, dem somit der Preis zufällt. — Für das laufende Jahr 1923 wird folgende Aufgabe gestellt: „Das Verhältniß der Kirche in Scheiterns Glaubenslehre soll dargestellt und beurteilt werden.“ An der Bewerbung um den Preis für die Bearbeitung können außer den Kandidaten der Theologie und des Predigamtes in Sachen auch Studierende der Theologie an der Universität Leipzig sowie im Auslande Theologie studierende sächsische Staatsangehörige teilnehmen. Die Bewerber haben ihre mit Kennwort versehenen Arbeiten bis zum 30. November nebst einem beschlossenen Briefumschlag, der als Aufsatz das gleiche Kennwort wie die Arbeit trägt und im Innern den Namen und Aufenthalt des Verfassers enthält, in leserlicher Handschrift an das Evangelisch-lutherische Landeskonferenzamt einzureichen.

Die Kokainomanie in Paris. In der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ lesen wir: Die Kokainomanie, die in Paris schon vor dem Kriege begonnen und während des Krieges schon etwas abgeflaut war, ist jetzt wieder zu voller Blüte entwickelt. Die Höhe Montmartre, das Quartier der mehr oder weniger verkommenen Literaten und Künstler und des nachlässigen Vergnügenslokale, ist der Mittelpunkt der Verdachts- und Verkauf von „Coco“, wie die Droge in der dort üblichen Mundart heißt. Die Gasse

der Vergnügenslokale, besonders die professionellen Weidchen, sind wohl die hauptsächlichsten Nachfrager, und die zweifelhaftesten Existenzen, die um solche Dete schwärmen, wie Zeitungsvendler, Händler mit Apfelsinen und Schiffsreisen, Nachtlicher, Jubelher usw., sind die erfolgreichsten Anbieter. Allerdings ganz im Verborgenen. Denn der Handel mit Kokain ist polizeilich strengstens verboten, und Verkäufer wie Käufer werden mit Gefängnis bestraft, falls man sie erwischt. Die Einfuhr des Kokains nach Frankreich, wird behauptet, geschieht hauptsächlich von Deutschland aus. Es wird angeblich besonders von Angehörigen der internationalen Expressebüros und von Angehörigen des Besatzungsherees in Rheinland nach Frankreich eingeschmuggelt. Der Handel damit soll ungemein gewinnbringend sein. Das Kokain wird ausschließlich durch Ausschmuggeln gewonnen; es ist also viel handlicher als das Morphinum, es kann überall ohne Umstände und unauffällig zugeführt werden. Es bringt dann eine angenehme Wirkung herbei mit Halluzinationen des Gehörtes und des Gesichts. Das räudige Bedürfnis danach, die Sucht, stellt sich dann rasch ein. Aber auch außerhalb der Vergnügenslokale von Montmartre findet man der Kokainomanie; in die verschiedensten Berufsstände ist sie eingedrungen. Wie der gerichtliche Mediziner Dr. Courtois-Suffit in einem Artikel der „Presse Médicale“ ausführt, gibt es sogar auch unter den fährenden Künstlern von Paris einige Kokainomane, und damit liegt nach ihm die Erklärung für gewisse phantastisch-schönfärbige Erzeugnisse der neuesten Kunst und Plastik. Besonders beim Tabakismus spielen die Kokainomanie eine gewichtige Rolle. In so gar das in Paris mehr und mehr aufkommende homogene Verfalls durch die Kokainjudik gefordert werden. Als guter Patriot hat sich Courtois-Suffit bereits mit einem Bericht über ihre verheerenden Wirkungen auf die moralischen, intellektuellen und physischen Eigenschaften der Masse

an die Académie de Médecine, als die oberste ärztliche Behörde des französischen Staates, gewandt, damit sie ihre passende Stimme hören lasse.

Theaternachrichten. Sächsische Staatstheater. Opernhaus. Mittwoch, am 24. Jan., „Tiefland“ mit Arthur Hirschler (Schalk und), Helena Forti (Martha), Fritz Vogelstein (Wedem), Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Die Aufführung von Herbert Gudenbergs „Mächtiger als der Tod“ am Dienstag, den 23. Januar, findet außer Abonnement statt. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Plätze unterhalb der Beginn der Vorstellung eingenommen werden müssen. Die Türen klaffen bis zum Schluß der etwa 1 1/2 Stunden dauernden ersten Abteilung geschlossen. — Am Donnerstag, den 25. Jan., wird zum erstenmal in dieser Spielzeit Goethes „Torquato Tasso“ aufgeführt, und zwar für die Dienstag-Abonnementen des 23. Januar. Die Komore Saville spielt Gertrud Trephahn als Galt. Mit Antonio gastiert Bruno Decarli auf Anstellung. Anfang 7 Uhr.

Requädit der Schauspielhaus: Die Vorbereitungen zu Ibsens „Peer Gynt“ sind soweit fortgeschritten, daß die ersten Aufführungen für Sonntag, 27., Sonntag, 28., Montag, 29. und Dienstag, 30. Januar angefangen werden können. Das Werk wird in der neuen deutschen Übersetzung von Ludwig Fulda gegeben und von Oberregisseur Doerflinger in Szene gesetzt.

Bücherbesprechungen.

\* Amtsleiter für Gemeindeverordnungen, Gemeinde-Verordnungen und Stabsbeamte im Kreisamt Soest. 47. Jahrgang 1923. Freiburg i. Br. Verlagsgesellschaft Ernst Neumann. Der Amtsleiter hat Aufgabenformate und enthält ein Verzeichnis mit Schreibform, für die Gemeindeverordnungen wichtige Gesetze und Verordnungen, Verordnungsverzeichnisse, Richtlinien für die Befolgung nichtbehördlicher Gemeindevorstände, einen eingehenden Rat für alle Gemeindevorstände und viele andere. Der Amtsleiter hat sich als guter Helfer für die Gemeindebeamten bewährt. Es ist anzuerkennen, daß ihn der Verlag trotz hoher Papier- und Druckkosten hat erscheinen lassen.

Herr von Daniel macht sich unbeliebt.

Der „Juror teutonius“ des Herrn Feld. München, 21. Januar. Die heftigste Korrespondenz Hoffmann hatte von „maßgebender Stelle des Reiches“ eine Mitteilung gebracht, in der die Versuche, die Einwohnerversammlung zu belächeln, auf außenpolitischen Rücksichten abgelehnt wurden.

Die vertagte Fahnenweihe.

München, 21. Januar. Die für gestern abgelegte Fahnenweihe der Sturmabteilungen der Nationalsozialisten findet nunmehr, im Rahmen des Parteitag, am Sonntag, dem 28. Januar, statt.

In der letzten Versammlung der Nationalsozialistischen Partei kam die neue Konfession, die sich durch Hitler's Reden aus den bayrischen Gaueinheiten herausgebildet haben, zum Durchbruch.

Die Versammlung hatte sich einen englischen „Arbeiter“ verschrieben, angeblich einen Gewerkschafter, der allerdings nach außen den Eindruck eines echten „Bourgeois“ machte.

Kleine politische Nachrichten.

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften werden in dieser Woche zusammenkommen, um sich über neu einzureichende Gehalts- und Lohnforderungen mit den Beamten und Angestellten bezug. Arbeiter schäftig zu werden.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Der neue Amtshauptmann von Freiberg, Johannes Schirmer, bringt eine umfangreiche Erfahrung für sein neues Amt mit. Er ist 45 Jahre alt, Sohn eines Zigarrenmachers aus Deuben, und sollte, wie seine Lehrer es wünschten, Lehrer werden.

Dresden.

Erhöhung der Gas-, Strom- und Wasserpfeife. Wie bereits angekündigt ist, tritt bei den städtischen Gas- und Elektrizitätswerten für den Januar-Verbrauch, für den die Rechnung im Februar ausgearbeitet und einliefert wird (10. Einheitsperiode 1922/23) eine Erhöhung des Gaspreises von 120 M. auf 200 M. je Kubikmeter und des Strompreises für Licht von 230 M. auf 330 M. für Kraftstrom-Niederspannung und Kraft-Weichstrom von 200 M. auf 300 M. und für Kraftstrom-Hochspannung von 180 M. auf 270 M. je Kilowattstunde ein.

Der Bezirksausschuß Dresden-Neustadt hält am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, eine Sitzung ab. Immer wieder muß auf die furchtbare Not hingewiesen werden, in die Kleinrentner und Kleinrentnerinnen unerschüttert durch die Entwicklung unserer Verhältnisse gebracht worden sind.

Aus Sachsen.

Leipzig. Die Allgemeine Ortskranken Kasse in Leipzig befindet sich in einer großen Geldnot. Nach einer vorläufigen Schätzung wird sie ihrer Jahresrechnung für 1922 mit einem Defizit von 60 000 M. abschließen, obwohl die Beiträge schon damit erhöht sind, daß ein Arbeiter jetzt über 40 000 M. Jahresbeiträge zu leisten hat.

Tageschronik.

Schweres Explosionsunglück. München, 22. Januar. Sonnabend vormittag ereignete sich in der ehemaligen Bergungskammer des Jagstbades ein schweres Explosionsunglück, bei dem 11 Personen, 9 Frauen und Mädchen und 2 Männer, ihr Leben verloren. Bei der Zerlegung von Leuchtpatronen, die zur Veranlassung des Feuerwerkes bestimmt und bereits in den Zerlegungsprozess übergegangen waren, entstand eine Explosion, die den ganzen Raum, in dem die Zerlegung stattfand, in Brand setzte.

Land- u. Forstwirtschaftliches. Sächsische Landwirtschaftliche Woche. Unter starker Beteiligung aus allen Teilen des Landes und in Gegenwart von Vertretern staatlicher und städtischer Behörden begann heute, Montag vormittag, in Dresden im Konzerthaus des städtischen Ausstellungspalastes die 3. Sächsische Landwirtschaftliche Woche 1923, die vom Landes- und anderen landwirtschaftlichen Organisationen einberufen worden ist.

Schweres Korbungsunglück. Weiden, 22. Januar. Gestern nachmittag ist auf der Korbelfabrik der Landeskrone ein mit drei Personen besetzter Korbelfschiffchen so heftig gegen einen Baum gestoßen, daß einem Wirtschaftsbearbeiter der Kopf getrennt wurde.

Land- u. Forstwirtschaftliches.

Sächsische Landwirtschaftliche Woche. Unter starker Beteiligung aus allen Teilen des Landes und in Gegenwart von Vertretern staatlicher und städtischer Behörden begann heute, Montag vormittag, in Dresden im Konzerthaus des städtischen Ausstellungspalastes die 3. Sächsische Landwirtschaftliche Woche 1923, die vom Landes- und anderen landwirtschaftlichen Organisationen einberufen worden ist.

berauszupressen. Das deutsche Volk ist dem Ungemach gemein, wenn es sich nicht jedem Diktator der Fremde unterwirft. Das darf nicht sein. Wir müssen dem feindlichen Willen der Verächtlichen den Willen der Selbstbehaltung entgegenstellen.

Es wurde hierauf in die Tagesordnung eingetreten. Hierauf sprach der Direktor der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer Oekonomierat Dr. v. Klirsd, Berlin, über die Wirkung der Geldentwertung auf die Landwirtschaft.

Devisenkurse. 22. Januar.

Table with columns for exchange rates of various currencies (Gold, Silber, etc.) and their values.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt

- a) 1 Assistenten und 1 Beamtenwärter für die Spar- und Girokasse. b) 1 Assistenten für die Stadtkasse. c) 1 Beamtenwärter für die Verwaltung.

Stadtkassierer (Obersekretär),

dem hauptsächlich das gesamte Kassens- u. Rechnungswesen der Landtrankstellen, des Gas- u. Elektrizitätsversorgungsnetzes, sowie die Buchhalterarbeiten der Girokassen übertragen werden sollen, sofort gesucht.

2 Beamtenwärter

Girokasse gesucht. Besoldung dät. Gr. V, Ostst. B. Kenntnis in den fragl. Verwaltungszweigen erwünscht. Flotte Stenographen (Gabelberger) und Maschinenschreiber (Kontinental) werden bevorzugt.

1 Assistentenstelle (Gr. 5, Ostst. C) und mehrere

Anwärterstellen (dät. Gr. 5) für Spar- u. Girokassen zu besetzen. Bewerbungen umgeben an Stadtrat Coswig.

Tageskalender.

- Dienstag, 23. Januar. Staatstheater. Opernhaus. Carmen. Anf. 7 Uhr. Ende gegen 11 Uhr. Schauspielhaus. Zum erstenmal (außer Abonnement): Mörderin als der Tod. Anfang 7 Uhr.

Familiennachrichten.

Verlobt: Hr. Dipl.-Ing. Karl Steuber in Riechberg mit Frä. Leni Schade in Tharandt; Hr. Staatsanwalt Dr. Erich Dörfel in Chemnitz mit Frä. Emma Ruppert in Gert; Hr. Edmund Müller mit Frä. Ingeborg Maed. r. in Dresden.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Querschnittsbedingung. Für den Anzeigentel veranwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Müller in Dresden.



Auf Blatt 211 des Handelsregisters, die Firma Arno Hartenstein in Delitzsch betz., ist heute eingetragen worden: Die Firma lautet künftig: Delitzscher Kohlen-Kontor Arno Hartenstein. In das Handelsregister ist der Kaufmann Robert Alfred Hartenstein in Delitzsch eingetragen. Die Gesellschaft ist am 1. Dezember 1922 errichtet worden. 19496 Amtsgericht Delitzsch, den 19. Januar 1923.

Auf Blatt 429 des Handelsregisters ist heute die Firma Rudolf Fiedig in Putzitz und als ihr Inhaber der Kaufmann Rudolf Fiedig, hiesig, eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Herstellung, Betrieb und Verwertung von Textilwaren. 19477 Amtsgericht Putzitz, am 18. Januar 1923.

Auf Blatt 430 des Handelsregisters ist heute die Firma G. Robert Egelich in Bretzitz und als ihr Inhaber der Kaufmann Gustav Robert Egelich, hiesig, eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Herstellung und Vertrieb von Holzträgern, Estrich- und Sodenhaltigen, Sportgeräten, Schreibern und elastischen Bändern. 19498 Amtsgericht Putzitz, 15. Januar 1923.

In hiesigen Handelsregister ist heute auf Blatt 486 die Firma Georg Schulze & Co. in Ottendorf-Crinitz und als deren Geschäftsführer a) der Fabrikant Arno August in Ottendorf bei Rumburg (Tschöbener-Straße), b) der Betriebsleiter Georg Schulze in Ottendorf eingetragen worden. Die offene Handelsgesellschaft ist am 1. Januar 1923 errichtet worden. Angegebener

Geschäftszweig: Herstellung von Holzperlen, Knöpfen und ähnlichen Artikeln. (Geschäftssitz: Ottendorf-Crinitz.)

Amtsgericht Rabenberg, 18. Jan. 1923. 19478

In das Handelsregister für den Amtsgerichtsbezirk Rabenberg (S.) ist heute eingetragen worden auf Blatt 1406 Firma Otto Grimm, Geschäftszweig: Herstellung von Holzperlen, Knöpfen und ähnlichen Artikeln. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Brennstoffen jeder Art, sowie mit Gips- und Düngemitteln. Die Gesellschaft soll auch berechtigt sein, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen zu beteiligen und für ihre Zwecke Grundstücke und Betriebsanlagen zu erwerben und zu errichten. Das Stammkapital beträgt 2 100 000 Mark (zwei Millionen einhunderttausend Mark). Der Gesellschaftsvertrag ist am 3. Januar 1923 geschlossen worden. Das erste Geschäftsjahr beginnt mit dem Tage der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kolben- und Futtermittelfabrikant Otto Grimm in Rabenberg i. S. Die Gesellschaft besteht aus einem oder mehreren Geschäftsführern durch Beschluß der Gesellschafterversammlung. Die Gesellschaft wird entweder durch einen Geschäftsführer oder durch zwei Prokuristen vertreten.

Als nicht eingetragen wird noch bekanntgegeben: Es bringen in die Gesellschaft als Sachanlagen ein

aj der Gesellschafter Otto Grimm die in der Anlage zum Gesellschaftsvertrag näher bezeichneten zum Geschäftsbetriebe gehörigen Gegenstände im Gesamtwerte von 1 800 000 Mark; b) die Gesellschafterin Ida Hedwig Grimm geb. Schubert die auf ihrem Grundbesitz in Rabenberg, 2148 und 2134 des Grundbuch für Rabenberg liegenden, überbauten, aber nicht gemauerten drei Schuppen im Gesamtwerte von 251 000 Mark. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. 19497

Amtsgericht Rabenberg, den 19. Januar 1923.

Auf Blatt 203 des Handelsregisters, die Firma Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt Zweigstelle Tauscha in Tauscha betz., ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 19. Dezember 1922 hat die Auflösung des Grundkapitals um vierhundert Millionen Mark, in einhundertunzwanzigtausend Aktien zu je 1000 Mark, zweihundertunzwanzigtausend Aktien zu je fünfzigtausend Mark und neunhundertachtzigtausend Aktien zu je zehntausend Mark geteilt, mitbin auf achttausend Millionen Mark, beschloßen. Die Auflösung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 20. Dezember 1899, in der Fassung vom 10. Juni 1922 ist durch den gleichen Beschluß laut Notariatsprotokoll vom 19. Dezember 1922 in den §§ 4, 8, 10 und 31 abgemindert worden.

Weiter wird noch bekanntgegeben: Die neuen Aktien lauten auf den Inhaber. 220 400 Stück

und Stammaktien, 2000 Stück sind Bezugsaktien. Von den Stammaktien werden 300 000 000 M. zum Nennwert und 80 000 000 M. zum Kurs von 370 % ausgeben. Die Ausgabe der Bezugsaktien im Betrage von 20 000 000 M. erfolgt zum Nennwert. Die Bezugsaktien erhalten auf dem jeweilig verteilbaren Jahresgewinn vor den Stammaktien eine Dividende bis zu 4 % nach Abgabe der geleisteten Einzahlungen und bei Auflösung der Gesellschaft — nach einer 4 % igen Verzinsung der eingezahlten Beträge während der bis zur Auszahlung verstrichenen Zeit des laufenden Geschäftsjahres — eine Ausschüttung bis zur Höhe der geleisteten Einzahlungen, ehe auf die Einzahlungen etwas entfällt. An dem hiermit verteilbaren Gewinne der Gesellschaft haben die Bezugsaktien keine Rechte mehr zu. Die Bezugsaktien haben 15 faches Stimmrecht, soweit es sich um die Beizung des Aufsichtsrats, die Änderung der Satzung oder die Auflösung der Gesellschaft handelt. 19498

Amtsgericht Tauscha, den 20. Januar 1923.

Auf Blatt 131 des Handelsregisters, die Firma Thälheimer Bank, hiesig Bruno Müller in Thälheim betz., ist heute eingetragen worden: Profur ist erteilt dem Bankgeschäftler Wilbert Krebs in Thälheim. 19499

Amtsgericht Janditz, 13. Januar 1923.

Aus Sachsen.

Offene Stellen für Lehrer.

Rektors. händ. Lehrstelle an der achtstuf. Schule zu Großschweidnitz. Ostst. C. Dienstort: Ottendorf; Wohnung nicht vorh.; Bewerber am Ort. Gef. bis 31. Jan. an den Bezirksinspektoral in Lößau, Sa.; — 1. eine Lehrstelle in Leutersdorf i. Gröbzig; Ostst. C; oberste Schulbehörde; Ostst. C; der bish. Ins. war Kreisinspektoral in Lößau als solcher Dienstwohnung; 2. eine Lehrstelle in Leutersdorf i. Gröbzig; Ostst. C; oberste Schulbehörde; Ostst. C; Wohnung für Ledige. Dem. bis zum 8. Febr. an den Bezirksinspektoral für Chemnitz II, Köpfhäuserstr. 15.

Freiwillige Spenden bleiben den Heimatgemeinden!

Die Deutsche Rotgenossenschaft teilt uns mit: Erfahrungsgemäß ist die Gebefreudigkeit viel größer, wenn die Spender wissen, daß ihre Beiträge den Bedürfnissen ihrer eigenen Heimat zugute kommen. Es wird deshalb besonders darauf hingewiesen, daß weder durch eine Reichs-, noch Landesgeschäftsstelle der Deutschen Rotgenossenschaft beschickt ist, die Sammelgehälter zur späteren Verteilung an sich zu ziehen. Der Sächsische Landesverband hat von Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern zur Gleichzeitigkeit und Verschonung des Hilfswortes beschlossen, den teilten fünf Kreisgruppenmännern bestehenden Ausschüssen der Deutschen Rotgenossenschaft zu empfehlen, nur einen kleinen Prozentsatz (10 Proz.) zum Ausgleich innerhalb eines jeden Regierungsbereiches zu verwenden. Aber auch diese kleine Ausgleichssumme wird in den allermeisten Fällen an die Wohlfahrtspflegebehörden zurückzuführen können, aus dem sie stammt und nur solche örtliche Bezirke, in denen nachträglich noch besondere Not herrscht, sollen aus dem Ausgleichsfonds der Kreisgruppenmännern besonders bedacht werden.

Russische Staatsangehörige in deutschen Kurorten.

Das Reichsministerium des Innern hat sich damit einverstanden erklärt, daß bei Einreiseanträgen russischer Staatsangehöriger zu einem vorübergehenden Aufenthalt in einem bestimmten, im Eichenzimmer anzuweisenden deutschen Kur- oder Badeort bei Auswachen eines von der deutschen Vertretung in Moskau, Petersburg oder Charkow benannten Kurortens als ausreichend angesehen werden kann. Es wird jedoch, so teilt das Ministerium mit, die innere Verwaltung mit, vorausgesetzt, daß eine dauernde Übersiedlung des Antragstellers nach Deutschland nicht in Frage kommt. Liegen aber dafür Verdachtsgründe vor, dann soll der Antrag grundsätzlich abgelehnt werden, solange nicht eine polizeiliche Einreiseerlaubnis erteilt ist. Vom Generalkonsulat in Petersburg werden besondere Maßnahmen getroffen, um einem Mißbrauch mit den erteilten Einreiseerlaubnissen, die nur für einen bestimmten Ort und eine gewisse

Zeit Geltung haben, vorzubeugen. Die inländischen Sicherheitsbehörden sind hiernach zu einer Verlängerung des Sichtverweises nicht berechtigt, und eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis ist deshalb unter allen Umständen abzulehnen.

Seit 1. November 1922 sind Handlungslehrlinge, Lehrlinge in Apotheken sowie Bureaulehrlinge angestellter Dienstverhältnisse. Bisher waren Handlungslehrlinge und Lehrlinge in Apotheken überhaupt nicht angestelltenverhältnissmäßig Bureaulehrlinge dann nicht, wenn sie mit lediglich mechanischen Dienstleistungen beschäftigt wurden.

Mingenthal. In einer gemeinschaftlichen Sitzung der städtischen Kollegien ist der bisherige Stadtverordneter Dr. Zimmermann Dr. Zimmermann mit neun Stimmen zum Bürgermeister von Mingenthal gewählt worden. Die Mitglieder der städtischen Kollegien und bürgerlichen Vereinigungen nahmen an dieser Sitzung nicht teil.

Kar. Die Stadtverordneten haben die Überschreitungen des Haushaltplanes des Steuerjahres 1921/22 in Höhe von 4 290 000 M. genehmigt.

Falkenstein. Ein gemeinsames Gewerbeamt wird demnach für den Amtsgerichtsbezirk Falkenstein mit einer Erstanzahl von 29 000 und 16 Erstkosten im Leben treten, nachdem die Genehmigung der Satzung durch die Oberbehörde erfolgt ist.

Luzern. Die Arbeitslosigkeit macht sich auch in unserem Industriebezirk immer mehr bemerkbar. Verschiedene Schuhfabriken arbeiten mit verkürzter Arbeitszeit, die Firma W. Vogel läßt auch verknüpfen. Die Fabrik des Tabakwerkes haben ihren Arbeiterstand reduziert.

Schölkben-Forstendorf b. Jöhanna. Obersekretär Schröder in Rabenberg ist einstimmig zum hiesigen Gemeindevorstand gewählt worden.

Began. Nach dem Beschluß der städtischen Kollegien ist die Kleinindustrieabteilung in städtischen Betrieb übernommen worden, das gleiche Recht hinsichtlich der Gemeindeabteilung zu erwarten. Die Aufwandsentschuldigung für die Mitglieder der städtischen Kollegien wurde zeitgemäß erhöht, ebenso die Gebühren für die Mitglieder beim Gewerbeamt, beim Miet- und Einpachtungsvergütung. Die Entschuldigung an letztere beträgt 100 M. für die Stunde, außerdem wird nachweisbar entgangener Arbeitsverdienst in Höhe des Jahres entrichtet. — Für den Ausbau von sechs Wohnungen ist dem Wohnungsausschuss ein Betrag von 1 Mill. M. bewilligt worden.

Wahren. Die hiesigen Erwerbslosen haben an den Stabilität folgende Forderungen gestellt: Wirtschaftliche Hilfe von 20 000 bis 30 000 M., verbilligte Lebensmittel, Kleidung, Heizung und Licht um 50 Proz., Übernahme der Wohnungsmieten durch die Stadt, Beihilfen für die Eltern zu entlassenen sowie schulpflichtigen Kindern, Verbilligung der Kinder bei Schulspeisungen, un-

entgeltliche Abgabe von einem Liter Milch täglich für Säuglinge, Wärmeläden. An die Staatsregierung haben sie folgende Forderungen gestellt: Erhöhung der Unterstützungssätze auf das Existenzminimum, Befreiung der Stellung bei leichten Erwerbslosen, Einbeziehung von solchen leichten Erwerbslosen, deren Angehörige Gehalts- und Lohnempfänger sind, in den Kreis der Unterstützungsberechtigten, Vermittlung von Arbeitstellen nur durch paritätische Arbeitsnachweise, strenge Maßnahmen gegen Durchbrechung des Achtstundentages. Die Erwerbslosen haben diese Forderungen als Mindestforderungen bezeichnet und die Arbeitskraft Hauptziel zur Unterstützung derselben ausgerufen.

Bad Schandau. Der dänische Reichstagsabgeordnete J. P. Nielsen in Kopenhagen hat als Leiter der dänischen Hilfsaktion für Deutschland dem Bürgermeister Dr. Voigt eine Million Mark für die notleidenden Bewohner unserer Stadt überwiesen.

Schmölditz. Die Schwedin Elsa Brandström, die durch Erwerb des Bades Marienborn-Schmölditz und dessen Umwandlung in ein Arbeitsanatorium für ehemalige kriegsgefangene Deutsche nützlich bekannt geworden ist, hat ihr Liebeswerk geäußert weiter aus. Neuerdings ist von ihr ein zweites Anwesen zu gleichem Zwecke erworben worden.

Tageschronik.

Der „Kudertan“ Deutschlands. Das unheimliche Ereignis der fremden Weltwerte — darunter befindet sich auch die tschechische Krone — bringt erneut recht unangenehme Auswirkungen mit sich. In den letzten Tagen wurden wieder die an die Tschöbener-Straße angrenzenden Bezirke der Reichswehr, die jenseits der Grenze ihren Wohnsitz haben, überschwemmt, und unter Ausnutzung der starken Kaufkraft der Krone werden wieder große Aufkäufe von Waren aller Art vorgenommen.

Im D-Zuge verandt.

Berlin, 22. Januar. Einem jadamikanischen Kaufmann ist im D-Zug auf der Reise von Berlin nach Hamburg seine Brieftasche mit Inhalt im Werte von 75 Mill. M. gestohlen worden. Als Täter sollen ein Japaner und ein Europäer in Frage kommen, die sich im D-Zug vor dem Abteil erster Klasse aufhielten, beim Aussteigen ein künstliches Gebränge verursachten, dann aber weiterfahren.

Windbruch und Schneeverwehungen. Plauen, 20. Januar. Der Sturm der letzten Tage hat in den Wäldern beträchtlichen Schaden angerichtet. In den Wäldern in dem Teich-

tal bei Pöhl, Altenfals usw. sind neuerdings wieder große Schäden durch die Windbrant verursacht worden. Teilweise sind die Bäume mitten durchgebrochen und liegen in großer Zahl wie durcheinander. Außerdem hat der Schneesturm in der letzten Nacht starke Verwehungen der Landstrassen hervorgerufen.

Ein Getreideschiff gesunken.

Hamburg, 20. Januar. Das hiesige Motorschiff „Wibba“, das mit einer Getreideladung von Danzig nach Antwerpen unterwegs war, ist in der Nähe des Freischiffs „Alte“ gesunken. Von der aus 17 Mann bestehenden Besatzung konnten vom Leuchtturm zehn gerettet werden. Die übrigen sind ertrunken.

Ein Willkommensgoldstück im Strumpf. Die Dienerin des Prof. Dr. Scherf in Tübingen fand vor einigen Wochen ein Goldstück in ihrem Rockschloß einen Strumpf mit Zwanzigmarkstücken. Der ängstlich gebittete Schatz repräsentiert einen Wert von fünf Millionen Mark. Der Staat ist in diesem Falle der lachende Held.

Lohnbewegung.

Dresden, 22. Januar. Die am Sonnabend stattgefundenen Verhandlungen für die Angehörigen des Einzelhandels haben zu einem Ergebnis geführt. Bruderkampfe sind bei den Spitzenorganisationen zum Preise von 30 M. zu haben. Schriftlichen Bestellungen ist Rücksicht beizulegen. — Die am 19. Januar stattgefundenen Verhandlungen für die Angehörigen im Hoch- und Tiefbau sind gescheitert. Die beiden in Frage kommenden Schlichtungsinstanzen sind daraufhin sofort angetreten worden. Hohenstein-Crinitz, 22. Januar. Das neue Lohnabkommen in der Textilindustrie sieht eine 30 prozentige Erhöhung der Dezembergehälter vor. Letztere werden ab 20. Januar um weitere 30 Proz. erhöht.

Hermann Schulz, Kommanditgesellschaft Bankhaus Dresden-A. Schreiberstraße 12

Volkswirtschaft und Handel.

20. M. — 70 000 M. Der Verkauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 22. bis 28. Januar zum Preise von 70 000 M. für ein Zwanzigmarkstück, 35 000 M. für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Verkauf von Reichsbankmünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 22. d. M. bis auf weiteres zum 150 fachen Betrage des Nennwertes.

Kundensicherungen für Teilgeschäfte. Mit dem Ablauf des 13. Dezember sind die alten Teilgeschäftsvereinbarungen ungültig geworden. Damit haben alle diejenigen Bankkonten, die nicht zur Übernahme von Depot- und Depositenverhältnissen berechtigt sind, ihre Eigenschaft als Teilgeschäftsverhältnisse verloren. Durch die Kapitalrückgewinnung vom 22. Dezember 1922 ist allerdings der Kreis der zum Depot- und Depositenverhältnis berechtigten erweitert worden, jedoch nur um manche Banken und Bankstellen die Eigenschaft einer Teilgeschäftsverhältnisse nur auf Grund einer von der Handelskammer gemäß § 3 des Teilgeschäftsvertrages ausgestellten Bescheinigung zum, wieder zugeht. Soweit jedoch Banken und Bankstellen auch nach den Bestimmungen dieser Novelle nicht zum Depot- und Depositenverhältnis berechtigt sind, müssen sie zur Beobachtung ihrer Eigenschaft als Teilgeschäftsverhältnisse in jedem einzelnen Falle eine Kundensicherbewilligung des Reichswirtschaftsministers auf Grund des § 14 der Teilgeschäftsvertragsverordnung nachsuchen. Andersfalls unterliegen die von ihnen getragenen Geschäfte den vorerwähnten Sanktionen und Strafsolgen.

Deutsch-russische Handelsbeziehungen gefährdet. Im Sommer 1921 hat sich in Deutschland

unter Beteiligung namhafter deutscher Banken, in erster Linie der Deutschen Bank, ein Konsortium gebildet, das die Übernahme der Zuckerraffinerie in der Ukraine auf der Grundlage einer Konzession zu übernehmen beabsichtigt. An dem Konsortium beteiligten sich auch die ehemaligen Besitzer der russischen Zuckerraffinerie. Nachdem das Konsortium sich diese letztere Beteiligung gesichert hat, nahm es mit der Sowjetregierung Verhandlungen zwecks Übernahme von etwa 100 unterliegenden Zuckerraffinerien auf Konzessionsgrundlage auf. Die Sowjetregierung zeigte ursprünglich dem Konsortium das größte Entgegenkommen. Vor dem endgültigen Abschluß wurde jedoch von den Vertretern der Sowjetregierung in Berlin von Konzession neue Bedingungen gestellt. Die Russen sollen den Vertretern des Konsortiums erklären haben, daß die Sowjetregierung von dem Konsortium eine fünfjährige Anleihe im Gesamtwerte von 30 Mill. Goldrubel als Bedingung der erteilung der Konzession verlange. Die Vertreter des Konsortiums erklärten darauf, daß das Konsortium nur eine Konzession zur Ausbeutung von Zuckerraffinerien zu übernehmen beabsichtigt, aber keine Anleihe der Sowjetregierung. Der Konzern hat daraufhin beschloßen, die Verhandlungen mit der Sowjetregierung zwecks Übernahme von Zuckerraffinerien in der Ukraine abzubrechen.

Kurgart. Nr. 54 der „Mitteilungen des Deutschen Industrie- und Handelsvereins“ für Dresden bringt über die Frage der Kurgart und alle damit zusammenhängenden Streitigkeiten eine ausführliche Abhandlung. Kropfen die Verordnungen vom 12. Februar 1920, die bekanntlich die Pflicht des Arbeitgebers zur Arbeitsversicherung vor Übernahme von Entlohnungen zur Vereinbarung der Arbeitszeit begründet, schon fast 3 Jahre besteht, hiesigen immer noch außerordentliche Unklarheiten über diese so wichtigen gesetzlichen Bestimmungen

und ihre Auslegung. Als besonders wichtig sei hier nur hervorgehoben, daß die Vorschriften über die Kurgart nur dann in Frage kommen, wenn es sich um Entlohnungen zur Vereinbarung der Arbeitszeit handelt, daß sie jedoch nicht in Betracht kommen bei Entlohnungen infolge wichtiger Grundes (§ 123 G.O., § 626 G.O., § 72 G.O.), sowie bei ausschließlich Beschäftigung oder Beschäftigung zu einem vorübergehenden Zweck.

Erhöhte Einkommenssteuer in Deutsch-Oberschlesien. Die zweite Januarwoche zeigt, wie das Fachblatt „Industrie-Kurier“ berichtet, gegenüber der ersten eine bedeutende Zunahme der deutsch-oberschlesischen Einkommenssteuer. Es wurden in der Zeit vom 2. bis 13. Januar insgesamt 191 123 t Steinkohlen gefördert, wobei sich die arbeitstätige Leistung gegenüber der Woche vom 29.7.1 t auf 31 854 t erhöht hat. In Deutsch-Oberschlesien bleiben 22 891 t, nach dem Abzug der Kohlen die in den Hauptabfuhrland (s. s. s. s.) nach Oberschlesien wurden mit Schmelzputz 131 t geleistet. Seit langem war die Kohlenförderung wieder einmal vollkommen regelmäßig, jedoch sämtliche angeforderten Mengen auch rechtzeitig geliefert werden konnten. Die Förderbestände am Ende der Woche betragen 16 515 t.

Wichtigste sächsische Handelsposten. Eine jährlich besetzte Befragung des Vereins sächsischer Importeurs bezüglich einschlägiger, die Mitglieder des Vereins aufzufordern, Geschäftsmitteilungen und sonstigen Firmen zu vermeiden, Beschäftigungen über fremdsprachliche oder beherrschte Sprachen nicht vorzunehmen, in französischer oder deutscher Sprache nicht mehr zu verrechnen und Abschlüssen, die unter fremdsprachlichen Einfluß stehen, in Zukunft nicht zu benutzen.

Zahngelände in Österreich. Die Ereignisse im Kurgart und der Kurgart haben die Abfah-

reise, unter der Österreich seit der verhältnismäßig stabilen Stabilisierung der Krone leidet, zur Industrie-krise beigetragen. Kaum ein Fünftel der Metallarbeiter mehr, um die größte Gruppe zu nennen, hat volle Beschäftigung. Ein Viertel ist überhaupt arbeitslos. Bei ständiger wachsender Arbeitslosigkeit beträgt der durchschnittliche Verdienst eines qualifizierten Metallarbeiters 132 400 Kronen. Der Fortschritt der Unternehmung nach einem 10prozentigen Lohnabbau ohne jede Rücksicht auf die Gesundheit des Jährgs sehen die Arbeiter die bestehenden Differenzen annehmen, die für eine aus nur drei Köpfen bestehende Familie ein Lohnabkommen von einem Mio. 800 bis zum Tag und die Beson-derheit. Der betraglose Zustand wurde nicht mehr erneuert. Der betraglose Zustand wurde gestiftet mit einem Lohnabbau eingeleitet, wonach vom 27. Januar an, bei sonstiger Kündigung, die Löhne durchweg um 15 Prozent gekürzt werden. Damit selber sich auch die Textilindustrie mit der gleichen Fortschritt der durchgeführten des Genes Einmündigkeit könnten sich möglicherweise große Arbeitermassen bilden.

Güterpreise. Auf der Aktion in Leipzig am 16. Januar wurde im Durchschnitt gezahlt:

für	im Gewicht		
	bis 15 kg	über 15—25 kg	über 25 kg
Ochsenhäute	3680 M	3604 M	2800 M
Rindenhäute	3060 -	3422 -	2756 -
Lammhäute	3622 -	3700 -	2818 -
Ziegenhäute	3200 -	2850 -	2812 -
Ferkelhäute	4492 -	-	-